

Vorwort

Liebe Wiesbadenerinnen und Wiesbadener,

unsere Landeshauptstadt braucht mehr denn je eine freiheitlich konservative Politikwende. In entscheidenden Bereichen der Stadtpolitik gilt es schnellstmöglich umzusteuern.

Die Stadt lebt über ihre Verhältnisse. Aber anstatt die Ausgaben im städtischen Haushalt konsequent zu priorisieren, kommen jedes Jahr neue Ausgaben hinzu.

Trotz der Haushaltsschieflage wird der Automobilverkehr, die wirtschaftliche Lebensader unserer Stadt, aus ideologischen Motiven bekämpft. Parkplätze werden zu Parklets und Fahrbahnen werden durch Umweltschleifen künstlich verengt. Gleichzeitig hakt es beim ÖPNV. Wenngleich dieser unter Geld- und Personalmangel leidet, wird die Erschleichung von Beförderungseinsparungen bagatellisiert.

Während sich die Stadt mit teuren Entwicklungsprojekten wie dem Sportpark-Rheinhöhe und dem Ostfeld finanziell verhebt, sind die ehemals gut besuchten Einkaufsstraßen Wiesbadens zunehmend durch Leerstand und Tristesse geprägt.

Damit nicht genug: Das Sicherheitsgefühl vieler Bürger im öffentlichen Raum erodiert, dennoch steht die Waffenverbotszone zunehmend unter Beschuss. Die anlasslose Kontrolle verdächtiger Personen soll aus ideologischen Gründen verunmöglicht werden.

Dank vorausschauender und kluger Politik war Wiesbaden früher eine wohlhabende und attraktive Stadt. Dass dies heute anders ist, ist kein Zufall.

Die Stadtpolitik muss sich wieder von ideologischen Verirrungen befreien. Frei nach Franz-Josef Strauß: „Bleiben wir auf dem Boden trockener, spröder, notfalls langweiliger, bürgerlicher Vernunft und ihrer Tugenden? Oder steigen wir ein in das bunt geschmückte Narrenschiff Utopia, in dem dann ein Grüner und zwei Rote die Rolle der Fätschingskommandanten übernehmen würden?“

Wir bleiben lieber bei bürgerlicher Vernunft.

Denis Seldenreich
Fraktionsvorsitzender



Denis Seldenreich
Fraktionsvorsitzender



Roman Bausch
Stv. Fraktionsvorsitzender



Dr. Klaus-Dieter Lork
Stadtverordneter



Monika Gies
Stadtverordnete



Ralf Offermanns
Stadtverordneter

Nachhaltige kommunale Finanzpolitik – Fehlanzeige!

Wie die Jahre zuvor, war auch das vergangene Jahr in der Landeshauptstadt von der Leugnung haushaltspolitischer Realitäten geprägt.



Wenngleich eine aufsichtsbehördlich verordnete Konsolidierung des städtischen Budgets bereits durch die Haushaltsschieflage der Vorjahre in bedrohliche Nähe gerückt war, erlaubte sich das regierende Linksbündnis im Vorfeld der Beratungen des Haushaltes für das Jahr 2024 auf eine Abstimmung mit den Dezernaten weitgehend zu verzichten. In der Folge fehlten im defizitären Kämmererentwurf unumgängliche Ausgaben, während die „weiteren Bedarfe“ der Dezernate die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts in weite Ferne rückten. Die Wahrnehmung des Budgetrechts durch die Stadtverordnetenversammlung, das heißt die Kon-

trolle der Ausgabenplanung des Linksbündnisses, wurde damit effektiv verunmöglicht.

Anstatt bei den städtischen Ausgaben konsequent zu priorisieren, griff man so- dann tief in die schwindenden Rücklagen.

Aber auch außerhalb der Etatverhandlungen gab das Linksbündnis haushalts- und finanzpolitisch kein gutes Bild ab. Während mit der kommunalen Mietpreisbremse und der Bagatellisierung von Beförderungsschleichungen mutwillig weitere Löcher in die Haushaltskasse gebohrt wurden, ließ der einnahmeseitige Versuch, die Haushaltsprobleme durch Sonderausstattungen der städtischen Holding sowie einen Ausbau von Gewerbesteuer und Kurbeitrag zu lösen, finanzpolitische Kollateralschäden befürchten.

Ein kleiner Trost war in diesem Zusammenhang, dass die Einführung der höchst un-

sozialen Wassersteuer vorerst durch Einwände der Aufsichtsbehörde gestoppt wurde. Auch muss das Linksbündnis künftig aufgrund der nun weitgehend aufgezeigten Rücklagen auf ausufernde finanzielle Defizite verzichten. Denn andernfalls dürfte die kommunale Aufsichtsbehörde alsbald sehr unpopuläre Maßnahmen nahelegen, beispielsweise eine Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer deutlich über den Landesdurchschnitt.

Roman Bausch
Stv. Fraktionsvorsitzender

Impressum:
Bericht aus dem Rathaus / Zeitung der AfD Rathausfraktion Wiesbaden / Oktober 2024
Schloßplatz 6
65183 Wiesbaden
Telefon: 0611-31-4552
E-Mail: afd@wiesbaden.de
www.afd-fraktion-rathaus-wiesbaden.de



Herausgeber:
AfD Rathausfraktion Wiesbaden
Wi.S.d.P. Denis Seldenreich
Redaktion: Roman Bausch
Auflage: 602000
Hier finden Sie Anträge und Anfragen der AfD-Fraktion
<https://afd-fraktion-rathaus-wiesbaden.de>
Bildquellen: eigene



Bericht aus dem Rathaus 2024

- **Stadtentwicklung**
- Im Fokus der Verhältnismäßigkeit
- **Leerstand in der Innenstadt**
- Ausdruck des Niedergangs!
- **Autofeindliche Planung**
- Eine Fehlentscheidung!
- **Waffenverbotszone**
- Kontrolldruck aufrechterhalten!
- **Nachhaltige kommunale Finanzpolitik**
- Fehlanzeige!

Stadtentwicklung – Im Fokus der Verhältnismäßigkeit

In den letzten Jahren wurden in Wiesbaden im Rahmen der Stadtentwicklung leider einige überflüssige Projekte angestoßen. Später wurde dann mit Erstaunen realisiert, dass für viele Objekte schlicht und einfach keine zukunftsfähige Nutzung möglich ist.

Während Wohnbebauung wie das Linde-Quartier auf dafür geeigneten Flächen eine sinnvolle Maßnahme darstellt, muss für ein Prestige-Objekt wie den Sportpark-Rheinhöhe die Frage nach der Verhältnismäßigkeit von Nutzen und Baukosten gestellt werden. Angesichts der finanziellen Lage der Landeshauptstadt ist schwer zu verstehen, dass der Sportpark prioritär ist.

Der Beweis dafür, dass die Bebauung des Ostfeldes notwendig ist, wurde bisher nicht eindeutig erbracht. Unterschiedliche Zählweisen kommen zu uneinheitlichen Ergebnissen. Eine Zählweise ermittelt für Wiesbaden einen zusätzlichen Bedarf an Wohnraum für 10.000 Bewohner, mit anderen Zählweisen lässt sich dieser Bedarf nicht bestätigen. Zur Wahrheit bei Gebäuden mit hohem nostalgischen, ideellen oder gestalterischem Wert gehört leider auch, dass eine Verwendung in vielen Fällen aus betriebswirtschaftlicher Sicht keinen Sinn ergibt. Das historische Walhalla-Theater ist zwar denkmalgeschützt und bedarf hoher Investitionen,

ein langfristiges und wirtschaftlich tragfähiges Nutzungskonzept liegt jedoch nicht vor.

Weitere Projekte wie der Zollespeicher in Biebrich, das Kloster Klarenthal, der Aussichtsturm Schläferskopf und die letzte verbliebene Ziegelei vor Rambach sind nur mit viel Geld zu retten, können langfristig jedoch voraussichtlich ebenfalls nur schwer kostendeckend betrieben werden.

Potenzial ist in Wiesbaden durchaus vorhanden, es wird nur leider kaum genutzt. Ein zweigeschossiges Parkdeck auf dem Elsässer Platz mit begrünter Dachfläche, zu einem Drittel im Boden eingelassen, wäre beispielsweise sinnvoller und effektiver gewesen, als ein Park inmitten eines dicht besiedelten Viertels ohne ausreichende Parkmöglichkeiten.

Ralf Offermanns
Stadtverordneter

Leerstand in der Innenstadt Ausdruck des Niedergangs!

Die Landeshauptstadt Wiesbaden war früher eine wohlhabende Stadt. Davon zeugt zum Beispiel noch die schöne Gründerzeitarchitektur und natürlich das mondäne Ensemble aus Staatstheater und Spielcasino. Spaziert man dagegen durch die Innenstadt, erwartet einen pure Tristesse: Zahlreiche leerstehende Läden prägen das Bild sowie Geschäfte, in deren Schaufenstern Schilder mit der Beschriftung „Totalausverkauf wegen Geschäftsaufgabe“ prangen. Die nächsten Leerstände sind somit schon vorprogrammiert.

Das betrifft sogar Top-Lagen wie die Kirchgasse. Das markanteste Beispiel ist das leerstehende riesige Gebäude der ehemaligen „Galeria Karstadt Kaufhof“ in der Kirchgasse 26. In den Seitenstraßen sieht es auch nicht besser aus. Neben den großen Handelsketten schließen auch viele alteingesessene Geschäfte für immer. Das triste Bild wird dadurch vervollständigt, dass sich in den Eingängen der leerstehenden Läden dauerhaft Obdachlose niederlassen.

Eine Ursache für die schwindenden Umsätze im Einzelhandel dürfte allgemein der Siegeszug des Online-Handels sein. Durch die über zwei Jahre laufenden, völlig überzogenen Corona-Maßnahmen,



men, wurde diese Entwicklung zudem forciert. Eine weitere Ursache dieses Niedergangs ist die Verkehrssituation. Zu den zahlreichen Baustellen und den ideologisch motivierten Straßenbeschneidungen kommen jetzt auch noch generelle Tempolimits hinzu. Weiterhin vergrößern die hohen Parkgebühren das Loch im Einkaufsbudget. Der unzuverlässige ÖPNV ist auch keine Alternative. Da überlegen sich viele potentielle Kunden, ob sie nach Wiesbaden zum Einkaufen fahren, oder lieber in die Einkaufszentren auf der Grünen Wiese ausweichen.

Hinzu kommt, dass sich viele Menschen in der Innenstadt nicht mehr sicher fühlen. Berichte über Messerattacken laden nicht zu einem Einkaufsbummel in die Innenstadt ein.

Was kann man machen, um die Innenstadt wieder zu beleben? Um es vor auszuschicken: Lösungen sind prinzipiell schwierig. Oft scheitert es z. B. an den Eigentumsverhältnissen der Immobilien. Bleiben wir bei dem Beispiel „Galeria Karstadt Kaufhof“. Die linke Kooperation würde gerne die Immobilie kaufen und umgestalten. Am liebsten würde man eine Kulturstätte daraus machen. Allerdings gibt es in Wiesbaden bereits im Kulturbereich ein großes Angebot, vom hochsubventionierten Staatstheater bis zu den zahlreichen kleinen Kulturinitiativen, die ebenfalls alle am Subventionstropf hängen. Geld, das auch in Wiesbaden immer knapper wird. Aus diesem Grunde setzt die AfD Rathausfraktion auf private Investoren. Wichtig ist, dass lange Leerstände vermieden werden. Was keine hinreichende, aber eine notwendige Bedingung dafür ist, dass Menschen unsere Innenstadt wieder als attraktiven Ort des Einzelhandels und der Gastronomie wahrnehmen.

Klaus-Dieter Lork
Stadtverordneter

Autofeindliche Planung Eine Fehlentscheidung!

Die Verkehrssituation in der Wiesbadener Innenstadt ist seit Jahren verfahren. Was auf den ersten Blick chaotisch und planlos erscheint, ist auf den zweiten Blick das Ergebnis einer grün-ideologisch geprägten Verkehrsplanung, die konsequent auf die Verringerung des motorisierten Individualverkehrs abzielt. Eine folgenschwere Fehlentscheidung, denn der Automobilverkehr ist für die Wirtschaft in Wiesbaden von großer Bedeutung.

Wichtige Hauptverkehrswege wurden mit sogenannten Umweltschneisen versehen, die durch Überbreite den verbleibenden Verkehrsraum unnötig verringern. Als Teil eines Verkehrsleitsystems wurde, um den Verkehr zu regulieren, eine sogenannte Pförtner-Ampel installiert. Tatsächlich stehen Pendler nun sowohl morgens, als auch abends stadteinwärts im Stau.

Zur Steuerung des Verkehrsflusses sollte das 33 Millionen Euro teure Verkehrsleitsystem Verkehrsdaten in Echtzeit erfassen und die Ampelanlagen der Hauptverkehrsstraßen dynamisch steuern. Von spürbaren Verbesserungen ist man aber leider weit entfernt. Im Gegenteil. Es scheint, als arbeite das

System gegen jede Logik. Wenngleich dem Busverkehr mit Umweltschneisen nahezu überall Vorrang eingeräumt wird, ist dieser ebenfalls von den chaotischen Verkehrslagen betroffen. Das Hauptproblem des ÖPNV sind jedoch die großen finanziellen Defizite. Diese machten zuletzt Sparmaßnahmen bei ESWE-Verkehr notwendig, was wiederum nicht nur die Einstellung dringend benötigter zusätzlicher Busfahrer verunmöglichte, sondern auch eine Ausdünnung der Verbindungen auslöste. Die unbefriedigende Gesamtsituation ist hausgemacht. Nur eine 180-Grad-Wende im Wiesbadener Verkehrsdezernat kann zu einer positiven „Verkehrswende“ führen.

Denis Seldenreich
Fraktionsvorsitzender

Waffenverbotszone Kontrolldruck aufrechterhalten!

Um die Beibehaltung der Waffenverbotszone wird seit Jahren in der Wiesbadener Stadtpolitik gerungen, dabei ist sie ein wichtiger Beitrag zur Sicherheit.

Landes- und Stadtpolizei wollen sie beibehalten, doch die Rathauskooperation bestand im vergangenen Jahr auf einem Gutachten über den Nutzen der Waffenverbotszone. Tatsächlich bestätigte das Gutachten die Position der Landes- und Stadtpolizei.

Dennoch ist das Linksbündnis gegen die Waffenverbotszone und will mit allen Mitteln eine Entscheidung über den Beibehalt hinauszögern.



Das ist Politik gegen die Sicherheitsinteressen der Wiesbadener.

Die Kooperation möchte nun eine weitere Evaluation unter Beteiligung der Bürger, der Ortsräte, Sozialarbeiter usw. sowie eine Umfrage zum Sicherheitsgefühl der Wiesbadener. Genau diese Umfrage hat die AfD bereits im September 2021 gefordert. Der Antrag wurde damals aber von allen Fraktionen abgelehnt.

Die Zeiten, in denen Waffenverbotszonen unnötig waren, gehören seit der Öffnung der Grenzen 2015 leider der Vergangenheit an.

Die Kriminalitätsstatistiken sprechen eine deutliche Sprache.

Solche Zonen werden gebraucht, damit Polizisten erweiterte Befugnisse haben und zum Beispiel anlasslos Personen auf das Mitführen von Waffen kontrollieren können. Damit wird Kontrolldruck aufrechterhalten.

Natürlich ist eine Waffenverbotszone kein Allheilmittel.

Auch die zeitgemäße und an die Sicherheitslage angepasste Ausstattung der Stadtpolizei gehört dazu. Hier fordert die AfD die Ausstattung der Stadtpolizei mit Pfefferspraypistolen. Im letzten Ausschuss wurde einstimmig eine Testphase beschlossen, die, wenn es nach der AfD geht, so schnell wie möglich beginnt.

Monika Giesa
Stadtverordnete

